

Frank Adler, Ulrich Schachtschneider (Hrsg.)

Postwachstumspolitiken

Wege zur wachstumsunabhängigen
Gesellschaft



 oekom

Frank Adler, Ulrich Schachtschneider (Hrsg.)

Postwachstumspolitiken

Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft

ISBN 978-3-86581-823-2

328 Seiten, 16,5 x 23,5 cm, 24,95 Euro

oekom verlag, München 2017

©oekom verlag 2017

www.oekom.de

Einleitung

Heute, etwa 25 Jahre nachdem auf der Konferenz von Rio das Ziel der »Nachhaltigkeit« ausgerufen wurde, ist offensichtlich: Der eingeschlagene technische Weg reicht nicht aus, um der Übernutzung natürlicher Ressourcen Einhalt zu gebieten. Das ständige Wirtschaftswachstum macht Einzel-Fortschritte bei der ökologischen Effizienz und Konsistenz von Produkten und Konsumtionen systematisch wieder zu nichts. Die erhoffte Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch stellt sich allenfalls punktuell her, nicht aber in einem – zum Beispiel für den Klimaschutz – erforderlichen Maße. Aber auch die Psyche des Menschen ist durch das ständige Wachstum der Leistungsansprüche – nicht nur in der Ökonomie, sondern in vielen Bereichen der Gesellschaft – zunehmend überfordert, was sich etwa im Anstieg von Depressionen zeigt.

Doch die Crux mit der ewigen Wachstumsorientierung ist nicht nur eine der inneren und äußeren Ökologie. Sinkende Wachstumsraten und die vorherrschenden politischen und wirtschaftlichen Reaktionen auf sie bewirken, dass die westlichen Industriegesellschaften tiefer sozial gespalten werden. Wenn der Kuchen weniger wächst oder gar schrumpft, wird seine Verteilung prekärer. Der bedrohliche Aufstieg (regierungs-)mächtiger rechtspopulistischer Bewegungen, die auf Ausschluss im Innern und Abschottung nach außen setzen, hat *auch* damit zu tun. Fast verzweifelt setzen die politischen Repräsentant(inn)en der liberalen und weltoffenen Moderne auf das alte lahrende Pferd Wachstum, um diese Angriffe abzuwehren. Doch was ist das für eine »Alternative«: Ewiges Wachstum oder völkischer Nationalismus? Auch aus dieser – politischen – Wachstumsfalle müssen wir raus: Wir brauchen dringend Alternativen zum Dilemma: Ökonomisch wachsen mit ökologischem Desaster oder Nicht-Wachsen mit Gefahren für Soziales, liberale Kultur und Demokratie.

Zumindest in den nördlichen Wohlstandsgesellschaften muss aus ökologischen, sozialen, kulturellen und politischen Gründen der Weg jenseits des Wachstums begonnen werden – so die gemeinsame Grundannahme der Wachstumskritiker(innen), die sich um Leitbegriffe wie Postwachstum, Degrowth, Decroissance etc. versammeln. Aber wie kommen wir zu einer Gesellschaft jenseits von Wachstumsorientierung und -abhängigkeit? Reicht dafür eine Strategie des »Bottom-Up«: Mit Non-Profit-Unternehmen, Tauschläden, Kulturen des Selbermachens und der Genügsamkeit entstehen immer mehr Keime einer Postwachstumsökonomie und -gesellschaft, die die alte Ökonomie und Gesellschaft langsam durchdringen?

Es ist richtig, mit den Alternativen dort zu beginnen, wo es jetzt schon möglich ist, anstatt auf die politische Veränderung des Ganzen zu warten. »Das Private ist politisch«. Dieser altbekannte Satz kann denen entgegnet werden, die alles nur auf

die politischen Strukturen, auf »die Verhältnisse«, »den Kapitalismus« oder – mit Anschlussoption zum Populismus – auf »die da oben« schieben. Nachdem im 20. Jahrhundert politisch Engagierte häufig erbittert um das große Ganze, um die richtigen politischen Ideen und den richtigen Weg gestritten haben, ohne aber in den meisten Fällen mit großen Schritten vorwärts gekommen zu sein, ist es ein Fortschritt im progressiven Denken, die Freiräume zu nutzen und im Kleinen anzufangen, das Neue auszuprobieren und dadurch mit der Veränderung bei sich und der Gesellschaft zu beginnen.

Doch allein auf diesen Weg zu setzen, birgt die Gefahr, dass die alternativen Formen des Wirtschaftens und Lebens sich in einer weiterhin vom Wachstumszwängen und -praktiken dominierten Gesellschaft nicht ausreichend verbreiten können, die Keime von unten sozusagen nicht weiter hochwachsen können im Schatten des bestehenden dunklen Waldes. Kritiker(innen) stellen daher dem kulturalistischen Ansatz »Ausdehnung von unten« die Notwendigkeit struktureller Reformen gegenüber: Ohne eine grundlegende Änderung der ökonomischen und politischen Strukturen und Machtverhältnisse sei die Erfolglosigkeit vorprogrammiert. Dieses Ansinnen wiederum wird von den Protagonist(inn)en des »Einfach! Jetzt! Machen!« als naiv gebrandmarkt: Die Politik hinke in einer parlamentarischen, um Wählermehrheiten konkurrierenden Demokratie immer systematisch hinterher, sie könne gar nicht ihren Wähler(inne)n geringeren Konsum abverlangen: »Keine gewählte demokratische Regierung eilt einem gesellschaftlichen Wandel voraus, sondern nur hinterher, um kein Risiko einzugehen«, konstatiert etwa Niko Paech.

Wir halten solche polaren Positionen des »Bottom-Up« oder »Top-Down« für falsche Alternativen. Wir gehen nicht davon aus, dass die herrschende, auf Wachstum setzende Politik von einer abgehobenen »Elite« professioneller Politiker(innen) gegen eine eigentlich schon längst anders denkende Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt wird und dies durch eine »aufmüpfige« Bewegung, etwa einem »Unten-Mitte-Bündnis« weggekämpft werden kann. Vielmehr ist die Mehrheit der Schichten und soziokulturellen Milieus auf jeweils spezifische Weise ökonomisch, psychologisch und ideologisch in das vorherrschende Wachstums- und Wohlstandsmodell eingebunden. Dieser hegemoniale gesellschaftliche Block für ein »Weiter« mit Wachstum kann daher nicht einfach nur von oben oder nur von unten aufgelöst werden. Mehrheitsfähig scheint gegenwärtig lediglich alternatives Wachstum, grün und dienstleistungsorientiert, nicht aber eine Alternative zum Wachstum.

Wenn aber die zarten Anfänge der Transformation zur Postwachstumsgesellschaft eine Chance auf Verallgemeinerung und Ausweitung in andere gesellschaftliche und ökonomische Bereiche erhalten sollen, ist eine wechselseitige Befruchtung von treibender Mikro-Praxis und stützender Bewegungs- und Makropolitik notwendig. Die Windkraftanlagen der Öko-Pioniere in den 1980er Jahren etwa wären eine technische Nischenkultur geblieben, hätte die Politik nicht – zunächst im

noch mehrheitlich anders orientierten Umfeld – durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) einen gesicherten ökonomischen Rahmen geschaffen, in dem erst sich massenweise Bürger(innen)-Energiegenossenschaften gründeten, die Branche sich entfaltete und ihre Praktikabilität zeigte, so dass Erneuerbare Energien heute für die Mehrheit zur Normalität gehören. Das war zwar »nur« ein Einschwenken auf einen grün-alternativen Wachstumspfad, wogegen ein Ausstieg aus dem Wachstum an sich das Bohren eines ungleich dickeren Brettes bedeutet. Dennoch zeigt das Beispiel, dass hier ein gesellschaftlich produktives und transformatives Wechselspiel zwischen Druck von unten und institutioneller Verbesserung des Rahmens stattgefunden hat. Nur so können sich die Experimente und Pioniervorhaben ausdehnen, die Nischen und Inseln zu einem relevanten Teil des »Landes« entwickeln.

Zu fragen ist daher: Mit welchen Politikinhalten, mit welchen Politikformen, und mit welchen Akteuren, kurz, mit welchen Postwachstumspolitiken kann eine transformative Mikro-Makro-Wechselwirkung für eine Postwachstumsgesellschaft in Gang gesetzt, gestützt, verstärkt werden?

Dafür, wie ein institutioneller Rahmen für eine Gesellschaft jenseits des Wachstumszwangs gestaltet werden könnte, gibt es durchaus einige Debattenbeiträge und praktische Vorschläge. Irmi Seidl und Angelika Zahrnt etwa fragen in »Postwachstumsgesellschaften: Konzepte für die Zukunft« (2010) nach Möglichkeiten der Überwindung der Wachstumsabhängigkeit einzelner Gesellschaftsbereiche. In »Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik« (Schneidewind & Zahrnt 2013) wird ein ordnungspolitischer Rahmen zur Förderung verschiedener Aspekte von Suffizienz vorgeschlagen. Georgis Kallis und das Netzwerk »Research and Degrowth« aus Barcelona fordern in »Degrowth: Ein Zehn-Punkte-Plan für Europas neue Bewegungen« (2015) eine Reihe radikaler Reformpolitiken von Schuldenschnitt über Grund- und Maximaleinkommen bis zur Einhaltung ökologischer Obergrenzen. Diese Beispiele zeigen: Wir fangen mit der Frage einer Postwachstumspolitik keineswegs aus dem Nichts an. Insgesamt jedoch ist die Frage, wie, durch welche Politiken, Strategien, Schritte, Akteure eine gesellschaftliche Transformation in Richtung Postwachstumsgesellschaft initiiert oder unterstützt werden könnte, als ein eigenständiges, systematisch bearbeitetes Problem im Postwachstumsdiskurs bisher unterbelichtet.

Wir haben daher Autor(inn)en aus wachstumskritischer Bewegung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft mit unterschiedlichen konzeptionellen Ansätzen und thematischen Schwerpunkten um Beiträge gebeten, die sich mit Ansätzen und Strategien von Postwachstumspolitik(en) auseinandersetzen:

- Inwiefern kann Politik, könnten spezielle Politiken einen demokratischen Übergang beziehungsweise Prozesse des Richtungswechsels hin zu einer Postwachstumsgesellschaft unterstützen? Wie kann das Dilemma *politisch* be-

arbeitet werden, dass unter den Bedingungen der Dominanz eines expansiv-konsumistischen Wachstums- und Wohlstandsmodells Alternativ-Visionen eines wachstumsunabhängigen guten Lebens und sozialen Fortschritts mehrheitsfähig werden?

- Welche konkreten Politiken und welche ersten Schritte in bestimmten Bereichen oder Problemfeldern sind denkbar und/oder aussichtsreich?
- Mit welchen Widerständen ist zu rechnen und durch welche Strategien und Akteurskonstellationen könnten sie überwunden werden?

Dieser Sammelband soll dazu beitragen,

- der Thematik »Postwachstumspolitiken« in Diskurs, Bewegung und Forschung mehr Gewicht und öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen,
- die vorhandenen Ansätze mit ihren kompatiblen oder konträren Antworten und Lösungsversuchen stärker sichtbar zu machen,
- den Dialog zwischen ihren Protagonist(inn)en anzuregen sowie
- Impulse zu setzen, die Postwachstumsdebatten beziehungsweise die entstehende Postwachstumsbewegung politisch konkreter und aktueller, auch diskursfähiger in Bezug auf relevante Problemfelder werden zu lassen.

Die Publikation soll nicht nur Fachöffentlichkeiten in Forschung und Lehre sowie Studierende erreichen. Wir hoffen, dass sie ebenfalls anregend wirkt für politisch, gesellschaftlich oder theoretisch Interessierte und Engagierte in den im Buch angesprochenen Praxisfeldern, in der politischen Bildung, in sozialen Bewegungen, alternativen Projekten und Initiativen, vor allem auch für Akteure und Sympathisant(inn)en der sich im deutschen Sprachraum weiter herausbildenden Degrowth-Bewegung.

Die 22 Beiträge können drei thematischen Komplexen zugeordnet werden.

- I Fünf Beiträge reflektieren auf einer allgemeineren Ebene *Möglichkeiten und Grenzen, Ambivalenzen und Bedingungen* transformativer Politik.
 - Welche Bedingungen sollten Postwachstumspolitiken erfüllen, um einen demokratisch-mehrheitsfähigen Übergang zu einer Postwachstumsgesellschaft zu unterstützen? Dazu entwickelt *Frank Adler* Vorschläge. Grundsätzlich sollten Postwachstumspolitiken geeignet sein, gleichgerichtete Prozesse eines strukturellen und kulturellen (Richtungs-)Wandels zu unterstützen. Politisch können sie Bedingungen fördern, die helfen, das hegemoniale Modell und Verständnis von Wohlstand, Lebensqualität und sozialem Fortschritt zu überwinden und wachstumsunabhängigere Lebensweisen für die »Normalbevölkerung« attraktiver machen. Indem solche Ziele bereits »heute« als erstrebenswert wahrgenommen (z.B. geschlechtergerechte Arbeitszeitverkürzungen) und deshalb in breiten Allianzen erkämpft werden könnten, seien sie relativ unabhängig von

der politischen Stärke »expliziter« Postwachstums-Protagonist(inn)en. Zugleich aber könnten sie deren Wirkungschancen ebenso erweitern wie die von experimentellen Postwachstums-Nischen. Günstigenfalls und langfristig lösen sie selbstverstärkende politische Effekte (z.B. indem wahlrelevante Minderheiten entstehen) aus, die institutionelle Reformen pro Postwachstum ermöglichen.

- *Ulrich Brand* folgt mit einer Kritik des »kritisch-orthodoxen« Mainstreams in der Debatte um sozialökologische Transformation, der nicht zu den Ursachen der kritisierten Phänomene vordringe. Eine kritisch-emanzipatorische Perspektive hingegen zielt vermittels einer transformativen Politik auf radikale Reformen, die geeignet sind, die expansive Wachstumslogik der kapitalistischen Profit- und Konkurrenzwirtschaft zu begrenzen. Nicht nur Nischenexperimente gelte es zu stärken, sondern auch alternative Modi zur herrschaftsförmigen Regulation der Gesellschaft. Das schließt die Transformation von Subjektivitäten und Wohlstandsmodellen ein, insbesondere die Überwindung der »imperialen Lebensweise«. Ein solch umfassender Wandel erfordere eine transformativ erweiterte Demokratie, die sich auch auf die sozialökologische Gestaltung von Wirtschaft bezieht. Anknüpfend an alltägliche Zumutungen, Debatten und Konflikte könne ein breites Spektrum von Akteuren dafür mobilisiert werden.
- *Felix Ekardt* und *Uta von Winterfeld* diskutieren Suffizienz als normativen Rahmen und politische Strategie. Für *Felix Ekardt* kann eine Postwachstumsgesellschaft als unbeabsichtigte Nebenfolge von Suffizienz entstehen, also von Verhaltensänderungen mit dem – mehr oder weniger freiwillig gewählten – Ziel eines genügsameren Konsums. Zugleich aber hat es Suffizienz sehr schwer, allgemein praktizierter Lebensstil zu werden, allein schon weil sie quer zum wachstumsorientierten Wirtschaftsmodell steht. Aber auch soziale und psychische Mechanismen und anthropologische Konstanten, keineswegs nur kapitalismusspezifische Verhältnisse, erschweren ihre allgemeine Akzeptanz: Normalitätsvorstellungen, die »Suffiziente« zu Sonderlingen machen; Gefühle, die rationale Kalküle überlagern und – unter anderem – wegen der räumlich-zeitlichen Distanz zum Gegenstand klimabewusste Suffizienz erschweren. Aus dieser Perspektive argumentiert Ekardt gegen vereinfachende Vorstellungen einer möglichen Diffusion suffizienter Lebensstile und plädiert für suffizienzfreundliche politisch-rechtliche und ökonomische Steuerungsinstrumente. Freiheitsbeschränkungen um der (z.B. ökologischen) Freiheitsvoraussetzungen anderer Menschen willen, hält er dabei für zulässig, insbesondere auch mit Blick auf das Klimaproblem.
- *Uta von Winterfeld* beleuchtet die Ambivalenzen politisch oder normativ durchgesetzter Suffizienz und hinterfragt entsprechende Politiken aus herrschaftskritischer Sicht. Staatliche Politik sei keineswegs neutraler Mediator. Sie sei selbst als Steuerstaat abhängig in die Wachstumsmaschinerie eingebunden und exekutierte zugleich – versteckt hinter »Sachzwängen des globalen

Wettbewerbs« – deren »Erfordernisse« in der Sozialpolitik als repressiv erzwungene Suffizienz (z.B. Hartz IV). Im Unterschied dazu würde Suffizienz in der Nachhaltigkeitspolitik sehr skeptisch behandelt, da sie weniger anschlussfähig an die – per se zu »Insuffizienz« neigenden Kapitallogiken sei – als etwa »Effizienz«. Aber auch an Suffizienz orientierte Alternativvisionen eines wachstumsunabhängigen guten Lebens sind nicht automatisch emanzipativ – wenn sie etwa anderen aufgeherrscht werden sollen oder bestimmte Konzepte zu alleinig richtigen deklariert werden. Ihr eigenes Suffizienzverständnis ist geprägt von Nussbaums Fähigkeitenansatz, der aber ein – politisch zu förderndes – ermöglichendes Umfeld benötige.

- *Corinna Burkhart, Nina Treu und Matthias Schmelzer* sehen die entstehende Degrowth-Bewegung und transformative Chancen von Postwachstumspolitiken im engen Zusammenhang mit emanzipatorischen sozialen Bewegungen, Strömungen und Initiativen. Diese verkörpern ein »Mosaik der Alternativen« für eine sozial-ökologische Transformation, die einen Paradigmenwechsel beinhaltet. Gestützt auf die Untersuchung eines Ausschnitts dieses bewegungs- und praxisnahen Umfelds der Postwachstumsszene identifizieren sie wesentliche Gemeinsamkeiten in den Weltverständnissen, aber auch Unterschiede. Gerade wegen seiner internen Vielfalt sei dieses Mosaik der zentrale Ort der Inspiration und Legitimation von Postwachstumspolitiken: Ein Kompass, an dem sie sich orientieren sollten und ein Resonanzraum, in dem entsprechende politische Forderungen ausgehandelt, getestet und mit Druckpotenzial versehen werden können. Postwachstumspolitiken, die hier nicht anknüpfen, liefen Gefahr, expertokratisch, autoritär und wirkungslos zu werden.

II. In einem zweiten Block werden vor allem *Querschnittsprobleme* transformativer Postwachstumspolitiken thematisiert und *Anschlussmöglichkeiten* an verwandte Debatten, Projekte, Bewegungen identifiziert.

- *Dagmar Comtesse* untersucht, wie durch eine Politisierung der »liberalkapitalistischen Anerkennungsstruktur« »postkapitalistische Subjektivierungsweisen« entstehen könnten. Sie entlarvt die »Neutralität« von Markt und Staat gegenüber den Lebensentwürfen der Individuen als Ideologem und zeigt, wie die Genese des kapitalistisch-bürgerlichen Subjekts bis in die intimsten Bereiche durch »Verwertbarkeit« geprägt ist. Wesentlich ist hierbei das »Leistungsprinzip«, indem es das menschliche Bedürfnis nach Vergleich und intersubjektiver Anerkennung mit der individuellen Leistung verkoppelt. Inspiriert von Ideen Rousseaus, entwickelt sie Vorschläge, wie die gegenwärtige Subjektivierungsweise so politisiert und demokratisiert werden kann, dass motivationale Voraussetzungen für eine Postwachstumsgesellschaft entstehen können: Rechtsgleichheit und politische Teilhabe ausweiten, enthierarchisieren, das Leistungsprinzip im Erziehungssystem in Frage stellen. Besonderes Gewicht misst sie den »Nahbeziehungen« (Liebe, Freundschaft etc.) zu, in denen das

»Streben nach dem Superlativ« sozial verträglich ausgelebt werden kann. Der Schutz dieses Bereichs gegen produktivistische Übergriffe – etwa durch alternative Arbeits(zeit)formen, wie von Gewerkschaften gefordert – sei deshalb sehr wichtig.

- Auch *Christoph Sanders* bewegt die Frage, wie die herrschende »Wachstums-subjektivität« überwunden werden kann. Deren wesentliche Konkretionen sind für ihn die Lebensstrategie der »Ressourcenfixierung« (Rosa), das Leitbild des »unternehmerischen Selbst« (Bröckling) und die neuzeitliche »Naturbeherrschung«. Den Orientierungspunkt für eine Postwachstums-Alternative sieht er in Rosas »resonanten Weltbeziehungen«. Degrowth-Politiken könnten einerseits die Entwicklung der dafür nötigen psychischen Ressourcen wie Genussfähigkeit, Selbstwirksamkeit, Achtsamkeit, Solidarität etc. (Hunecke) direkt unterstützen. Andererseits sollten sie für ein förderndes Umfeld sorgen. Dafür bedarf es grundlegender Umorientierungen etwa in der Arbeits- und Sozialpolitik auf Arbeitszeitverkürzung oder in der Bildungspolitik auf angstfreies Lernen und kritisches Denken.
- Liebe und Resonanzfähigkeit sind auch für *Maik Hosang* Kräfte und Chancen einer Selbstbefreiung aus der kulturellen Sackgasse »Überflussgesellschaft«. Geleitet von einem Hegelschen Freiheitsverständnis und Bahros Vision einer »herzoffenen Welthaltung« erkennt er utopisch scheinende Potenziale für Kulturen, die den Hauptsinn von Wirtschaft im immateriellen Wachstum von Kreativität, Liebe, Bewusstheit sehen. Diese integrative Sicht auf Freiheit und Liebe als »Zusammengehen Seiner im Anderen mit sich selbst« (Hegel) seien durch neuere naturwissenschaftliche und psychologische Erkenntnisse bestätigt. Aus dieser Perspektive plädiert er für einen Brückenschlag der Postwachstumsszene hin zu (humananthropologischen) Debatten, die sich um ein solches integrales Transformationsverständnis bemühen. Interessante praktische Ansätze in dieser Richtung sind für ihn unter anderem die Gemeinwohlökonomie oder auch Initiativen, die Praxen emotionaler menschlicher Potenzialentfaltung erproben.
- *Jana Flemming* arbeitet unterschiedliche Sichtweisen zwischen Gewerkschaftsakteuren beziehungsweise den von ihnen repräsentierten Beschäftigten und der Degrowth-Szene heraus und sucht nach Berührungspunkten zwischen ihnen, auch um wechselseitige Vorurteile und soziale Distanzierungen zu überwinden. So fehle in der Postwachstumsszene nicht selten der sozial sensible Blick auf die Probleme der Gewerkschaften und auf die Interessen der von ihnen vertretenen Lohnarbeiter(inn)en. Ihr anders artikuliertes ökologisches oder gesellschaftskritisches Bewusstsein werde oft verkannt. Andererseits seien gesellschaftspolitische Gestaltungsziele in einer gewerkschaftlichen Politik randständig geworden, die sich auf Tarifpolitik und Lohnerhöhungen verengt habe. Aber die zunehmenden Kämpfe gegen Leistungsdruck, für gute Arbeit und kürzere Arbeitszeiten könnten Debatten um einen wachstumsunabhängigen Wohlstand und transformative Gewerkschaftsstrategien stärken. Sozialökologi-

scher Strukturwandel, Wirtschaftsdemokratie und Umverteilung von oben nach unten könnten wichtige gemeinsame Ziele von Gewerkschaften und Degrowth sein.

- *Frank Adloff* informiert über Konvivialismus und lotet Gemeinsamkeiten mit den Zielen Postwachstum und Degrowth aus. Der maßgeblich von französischen Intellektuellen konzipierte Konvivialismus ist vor allem eine Vision des Zusammenlebens, die auf die Qualität sozialer Beziehungen und des Verhältnisses zur Natur achtet, Utilitarismus und Wachstumsideologie ablehnt, Differenzen zurückstellt um einer gemeinsamen Alternative willen. Degrowth sieht Adloff als ökonomische Transformationsstrategie, deren Allianzfähigkeit durch den integrativen Blickwinkel des Konvivialismus gewinnen und sich so in eine breite Reformbewegung zu einer konvivialen Gesellschaft einfügen könne. Träger eines solchen Wandels sind für ihn Akteure, die – zunächst in Nischen – gemeinschaftlich Alternativen eines »guten Lebens« erproben. Das Degrowth-Netzwerk und die Gemeinwohlökonomie könnten den Kern eines solchen neuen sozial-moralischen Milieus bilden. Politische Schritte zur konvivialen Postwachstumsgesellschaft sollten vor allem die Abhängigkeit der Bürger(inn)en von Märkten verringern, zum Beispiel durch den Ausbau des öffentlichen Sektors oder ein bedingungsloses Grundeinkommen.
- Aus einer »zeitökologisch-resonanztheoretischen Perspektive« zeigt *Fritz Reheis* Möglichkeiten für einen kontrollierten Ausstieg aus dem herrschenden Wachstumszwang und seinen Beschleunigungen und Entrhythmisierungen auf. Orientiert ist seine Alternative an dem nötigen Zusammenspiel von zyklischen und linearen Veränderungen. Diese haben je systemspezifische Eigenzeiten, die es praktisch anzuerkennen gelte. Die dafür angemessene Strategie, die »Zeithygiene« auf der individuellen, gesellschaftlichen und ökologischen Ebene erfordere eine »Zeitpolitik«, die Rahmenbedingungen für den Schutz von Eigenzeiten setzt, vor allem gegenüber dem Diktat der Wirtschaft. Eine zentrale Rolle für die Entwicklung von Kompetenz für die Beachtung von Eigenzeiten und das Handeln in einer zeitgemäßen Ökonomie spiele Bildung, befreit von Anforderungen an ökonomische Verwertung.
- *Andreas Siemoneit* und *Oliver Richters* hingegen konzentrieren sich in ihrer Analyse auf die Marktökonomie und verorten den wesentlichen Wachstumszwang im dort wirkenden technischen Fortschritt. Durch ihn werde teure Arbeit durch preiswerte »Kapital-Energie-Kombinationen« ersetzt. Flankierende staatliche Wachstumspolitik (z.B. um »technologische Arbeitslosigkeit« zu verhindern) verstärkt diese Tendenz. Ein zweiter Wachstumszwang sei die Akkumulation von privatem Reichtum und ökonomischer Macht von Unternehmen. Beide Tendenzen forcierten den Ressourcenverbrauch, widersprächen aber normativ geteilten Prinzipien von Marktwirtschaft (z.B. Wettbewerb, Leistungsprinzip). Ihnen könne nur politisch-institutionell entgegengewirkt werden: einmal durch Obergrenzen für Ressourcenverbrauch nach dem Prinzip »Cap and Trade«; zum anderen durch eine Begrenzung von Ungleichheiten

durch eine entsprechende Steuerpolitik. Beide Transformationsansätze entsprechen dem politischen Paradigma »Grenzen setzen statt Folgen tragen«. Eine solche Strategie, die Marktwirtschaft vor Kapitalismus zu schützen, sei anschlussfähiger als völlig neue Logiken zu fordern, laufe aber faktisch darauf hinaus.

III Im dritten Abschnitt setzen sich Autor(inn)en mit Möglichkeiten, Wegen und Widerständen einer möglichen Postwachstums-Transformation in *ausgewählten Politikfeldern* auseinander.

- *Steffen Liebig, Christoph Köhler und Robert Koepp* geben einen Überblick über arbeitspolitische Ansätze im Postwachstumsdiskurs. Sie unterscheiden dabei zwei Richtungen: Einerseits die Orientierung an einer sozial-ökologischen, grundlegenden Reformierung modern-arbeitsteiliger Lohnarbeit und andererseits alternative Arbeitskonzepte eines Abbaus von Lohnarbeit zugunsten der Stärkung nicht-monetärer Formen wie Subsistenz- und Bürgerarbeit. Diese Mikro-Produktionsweisen hätten allerdings ein Skalierungsproblem, da 90 Prozent von Lohnarbeit abhängig seien und zudem die Eigentumsverhältnisse nicht dazu passten. Ihre Vorschläge richten sich daher auf »verteilungs-« und »kultursensible« Arbeitspolitiken, die gleichzeitig ökologischen Fortschritt bringen: Eine generelle Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich für untere und mittlere, aber Einbußen für höhere Einkommen, sowie eine Politik des »gezielten sektoralen Wandels« hin zu mehr Care-Arbeit. Für das Weniger-Arbeiten etwa gebe es in Teilen der Arbeitnehmerschaft durchaus Zustimmung, aber auch Widerstände. Ohne organisierte Interessenvertretung durch Gewerkschaften aber sei dies machtpolitisch nicht durchsetzbar.
- Einen alternativen Ansatz der »Arbeitspolitik«, der die beiden bei Liebig et al. geschilderten Stränge verbinden könnte, vertritt *Ulrich Schachtschneider* mit seiner Begründung des Grundeinkommens als gastliches Umfeld für ein Arbeiten jenseits des Produktivismus. Es fördere eine Reform der Verhältnisse in der Erwerbsarbeit, aber ebenso den Wandel zur Tätigkeitsgesellschaft jenseits von ihr. Mit der Verhandlungs- und Gestaltungsmacht des Grundeinkommens im Rücken werden – je nach individueller Präferenz – Arbeitszeitverkürzung, höhere Bezahlung im Niedriglohnsektor, aber auch Freiräume für Subsistenz- und Gemeinschaftsarbeit leichter durchsetzbar. Durch eine ökologisch orientierte Finanzierung wird insbesondere der sektorale Wandel zu zeitaufwändigen, aber ressourcenarmen Care-orientierten Tätigkeiten ökonomisch begünstigt. Weiter wird argumentiert, dass die mit Grundeinkommen erreichbare Existenzsicherheit und die entstehende größere soziale Gleichheit ein gastliches Umfeld für den kulturellen Wandel von der Haben- zur Seins-Orientierung bedeutet. Durchgesetzt werden könne diese radikale Reform allerdings nur schrittweise, da die Individuen und die gesellschaftlichen Institutionen Zeit

zur Anpassung an die durch das Grundeinkommen induzierten grundlegend veränderten Preis- und Wertrelationen für Arbeit und Konsum bräuchten.

Vier Beiträge drehen sich um Reformvorschläge für eine postwachstumstaugliche Regulierung des Marktes.

- An der Geld- und Finanzmarktpolitik setzt der Beitrag von *Helge Peukert* an. Die Geldschöpfung als der »archimedische Punkt« des Geldsystems müsse den Privatbanken entrissen und als Vollgeld (Huber) von der öffentlichen Hand wirksam – der politisch erwünschten Größe des BIP entsprechend – demokratisch kontrolliert werden. Jede Investitionen ermöglichende Kreditvergabe durch private Banken wäre hingegen an Sparvorgänge, das heißt einen Konsumverzicht, gebunden. Zusammen mit weiteren Finanzmarktreformen wie Größenbegrenzung von Banken, Finanztransaktionssteuer, Verbot von Leerverkäufen etc. soll das Geld- und Finanzsystem entschleunigt und auf seine Dienstleistungsfunktion zurückgeführt werden. Die beste Lösung wären globale Vereinbarungen, die zweitbeste solche auf EU-Ebene. Die Durchsetzung kollidiere allerdings mit einem »hegemonialen Handlungs-, Interessen- und Meinungskartell« aus Wohlhabenden und Reichen, drittmittelfinanzierter Wissenschaft und Großen Koalitionen, wenn auch in der Zivilgesellschaft sich Initiativen mehrten, die sich solchen Reformen gegenüber verpflichtet fühlten.
- *Damian Ludewig* zeigt, mit welchen Instrumenten und Effekten eine konsequente Ökologische Finanzreform über einen öko-effizienten Strukturwandel auch den Weg in eine Postwachstumsökonomie ebnen könnte. Vor allem aber wäre sie leichter politisch durchsetzbar als explizite Degrowth-Strategien. Sie genieße breitere Akzeptanz in der Bevölkerung und Politik sowie bei Gewinnern einer ökologischen Modernisierung. Denn sie wird nicht mit »Verzicht« assoziiert und sei auch nicht zwangsläufig mit »Wachstumseinbußen« verbunden. Im Gegenteil, durch eine sozial-ökologisch sinnvolle Verwendung der Einnahmen (z.B. zur Finanzierung eines Ökologischen Grundeinkommens) könne sie auch sozial attraktiv gestaltet werden. Deshalb ermöglicht sie breite Bündnisse, auch mit Gewerkschaften und Protagonist(inn)en eines Green Growth. Er empfiehlt der Degrowth-Bewegung, die Frontstellung zu Green Growth aufzugeben und die ersten Schritte zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise – unter dem Label der »sozial-ökologischen Transformation« – gemeinsam mit ökologischen Modernisierern zu gehen.
- *Jana Gebauer, Dirk Posse* und *Steffen Lange* stellen die Frage, warum Unternehmen unter den derzeitigen Rahmenbedingungen sich mehrheitlich für Wachstum und gegen sozial und ökologisch verträgliches Verhalten entscheiden (müssen). Die Realisierung von Vorteilen im Wettbewerb basiere häufig auf der Externalisierung ökologischer und sozialer Kosten, der Generierung zusätzlicher Nachfrage durch Werbung und der sich aus der Unternehmensverfassung ergebenden Orientierung am Shareholder Value. Um die Praxis von – aufgrund besonderer Motivationen und Aktivitäten – heute dennoch bereits

postwachstums- und gemeinwohlorientierten Unternehmen verallgemeinern zu können, begründen die Autor(inn)en Reformvorschläge für eine Internalisierung der Kosten durch Ökosteuern, eine Regulierung von Werbung und Produktstandards sowie Reformen bei den Unternehmensverfassungen, die eine Umorientierung unternehmerischen Handelns weg vom reinen Gewinnstreben stützen. Verbündete für diese Ansinnen seien in der Umweltbewegung, beim Verbraucherschutz und Arbeitnehmer-Vertretungen, aber auch bei den Organisationen kleiner und mittlerer Unternehmen und dem Handwerk zu finden.

- Ebenfalls um die Rahmenbedingungen für Unternehmen geht es im Beitrag von *Norbert Bernholt* und *Harald Bender*. Sie entwickeln Vorschläge für eine Reform der Unternehmensverfassung wie die Pflicht zur Bilanzierung außermonetärer sozialer und ökologischer Erfolgskriterien (angelehnt an das Modell der Gemeinwohlökonomie von Felber), ihre Kopplung an Steuervorteile, die Partizipation von Anspruchsgruppen durch Räte auf Unternehmens- und Regionsebene sowie eine sukzessive »Neutralisierung des Kapitals« zugunsten der Beschäftigten und der öffentlichen Hand. Eine Umsetzung mache allerdings nur auf europäischer Ebene Sinn. Dort gäbe es bereits Initiativen des europäischen Parlaments und der EU-Kommission (Social Enterprises Initiative, Social Business Initiative, Non-Financial Reporting Initiative), die bei aller Skepsis beim Wort genommen werden sollten und »Räume für solidarische Unternehmensformen« schafften. Zu unterstützen sei auch das »Europäische Forum sozialer und solidarischer Ökonomie«. Die europäische Debatte über die Öffnung hin zu neuen Unternehmenskonzepten und Wirtschaftsformen als Alternative zur globalisierten Konkurrenzwirtschaft müsse als Chance für die Entwicklung europäischer Demokratie und europäischer Volkssouveränität begriffen werden.
- Von der Gestaltung des bisher stark wachsenden Gesundheits- und Pflegesektors in einer Postwachstumsgesellschaft handeln die nächsten beiden Beiträge. *Eva Lang* und *Theresia Wintergerst* plädieren dafür, Sorge zu gewährleisten durch eine Förderung der »Diversität verschiedener Reziprozitätsmuster«. Statt nur Kauf auf dem Markt zählen sie dazu staatliche, zivilgesellschaftliche und familiäre Solidarität sowie genossenschaftlich organisierte Tausche. Es komme auf eine »intelligente Koordination« dieser verschiedenen Tauschmuster, einen stets neu auszuhandelnden »Bürger-Profi-Mix« an. Dafür seien institutionell etablierte Koordinations- und Austauscharenen nötig, in denen Bürger und Bürgerinnen Sorgeleistungen austauschen können. Mögliche, aber im Prinzip überwindbare Widerstände auf diesem Weg der Abkehr von der wachstumstreibenden Dominanz marktförmig organisierter Pflege sehen sie unter anderem in Befürchtungen über eine Gefährdung der Professionalisierung, eine Bemäntelung von Ausbeutung und Mindereinnahmen des Steuerstaates.
- *Hans-Peter Studer* sieht die Ursachen für den Wachstumstreiber Gesundheitswesen einerseits in der ungesunden »materialistischen« Lebensweise, andererseits in daran ansetzenden Geschäftsinteressen der Wachstumswirtschaft. 30